

Antrag A13

Antragssteller*innen: Salome Berhanu (Delegierte, Bezirksverband Pankow), Axel Bielefeldt (Bezirksverband Pankow), Anja Boensch (Bezirksverband Treptow-Köpenick), Elke Breitenbach (Delegierte, Bezirksverband Pankow), Michael Efler (Delegierter, LAG Klima), Jochen Hoffert (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg), Christoph Keller (Delegierter, Bezirksverband Mitte), Gernot Klemm (Delegierter, Bezirksverband Treptow-Köpenick), Ferat Kocak (Bezirksverband Neukölln), Ronny Krüger (Delegierter, Bezirksverband Treptow-Köpenick), Klaus Lederer (Delegierter, Bezirksverband Pankow), Oskar Lederer (Delegierter, Bezirksverband Pankow), Rüdiger Lötzer (Bezirksverband Mitte), Kai Martin (Bezirksverband Treptow-Köpenick), Marcus Nolten (Delegierter, LAG Re(s) Publica Europa), Elio Protze (Delegierter, Bezirksverband Pankow), Carsten Schatz (Delegierter, Bezirksverband Treptow-Köpenick), Benjamin Schlodder (Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg), Anne Schlönvoigt (Delegierte, Bezirksverband Lichtenberg), Manuela Schmidt (Delegierte, Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf), Martin Striegnitz (Bezirksverband Treptow-Köpenick), Jonas Teune (Delegierte, Bezirksverband Pankow), Philipp Wohlfeil (Delegierter, Bezirksverband Treptow-Köpenick), Lena Tietgen (Bezirksverband Mitte), Brunhilde Van Hove (Delegierte, Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg), Walter Van Hove (Delegierter, Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **AFD-Verbot prüfen**

2 Der Landesparteitag fordert die Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich gegenüber dem Senat dafür
3 einzusetzen, dass Berlin sich der Initiative aus Bremen für eine ordentliche und rechtssichere Prüfung
4 eines AfD-Verbotsverfahrens anschließt. Auch unsere LINKE Gruppe soll sich im Bundestag dafür
5 einsetzen.

6 Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- 7 • Es braucht eine solide und rechtssichere Prüfung, um die verfassungsfeindliche Ausrichtung der
8 Alternative für Deutschland nachzuweisen
- 9 • Dementsprechend sind Belege zusammenzutragen über verfassungsfeindliche Aussagen, die
10 aufzeigen, inwieweit die Partei versucht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
11 beeinträchtigen oder zu beseitigen.
- 12 • Dazu ist neben der Berücksichtigung obergerichtlicher Entscheidungen über die AfD als
13 Verdachtsfall auch eine entsprechende Materialsammlung notwendig, die nicht nur durch die
14 Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz erarbeitet wird, sondern auch eine
15 Einbeziehung wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Expertise nötig
- 16 • Geprüft werden soll auch ein vereinsrechtliches Verbot der „Jungen Alternative“
- 17 • Ein Verbotsverfahren ist selbstverständlich nicht die einzige Antwort auf das Erstarken des
18 Rechtsextremismus. Insbesondere kurz- und mittelfristig umsetzbare Maßnahmen sind
19 unabhängig von einem möglichen Verbotsverfahren konsequent durchzuführen. Die
20 Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt eine permanente politische und
21 gesellschaftliche Aufgabe.

22 Begründung

23 Erfolgt mündlich.